



HESSEN



Bericht aus Brüssel

21/2024 vom 18.11.2024

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
Rue Montoyer 21, B - 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-Mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäisches Parlament.....	4
Wirtschaft.....	6
Verkehr.....	7
Energie.....	8
Digitales.....	9
Forschung.....	9
Finanzdienstleistungen.....	10
Finanzen.....	11
Soziales.....	12
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	12
Umwelt.....	13
Justiz.....	14
Inneres.....	16
Bildung und Kultur.....	17
Veranstaltungen.....	17
Vorschau.....	21

Europäischer Rat; Ergebnisse des informellen Gipfels am 08.11.2024

Die Staats- und Regierungschefs sind am 08.11.2024 zu einem informellen Europäischen Rat (ER) in Budapest (HUN) zusammengekommen. Bei dem Abendessen am Vorabend standen außenpolitische Themen, insbesondere das Ergebnis der US-Wahl, im Vordergrund. Die Sitzung am 08.11.2024 war der Wettbewerbsfähigkeit, v.a. der Berichte von Enrico Letta und Mario Draghi, gewidmet. Die Staats- und Regierungschefs verabschiedeten die „Erklärung von Budapest zum Neuen Deal für die europäische Wettbewerbsfähigkeit“. Darin werden die Berichte von Letta und Draghi als „Weckruf“ und „gute Grundlage“ für die weitere Arbeit bezeichnet. Der ER fordert u.a. die Vollendung des Binnenmarktes, die Verwirklichung einer „Spar- und Investitionsunion“ bis 2026 (mit „dringenden Fortschritten“ bei der Kapitalmarktunion), eine europäische Industriepolitik, die Einleitung eines „revolutionären Vereinfachungsprozesses“, die Verbesserung der Verteidigungsbereitschaft, die Schaffung einer „echten Energieunion“, die Beschleunigung des digitalen Wandels, eine robuste Handelspolitik sowie die Schaffung eines wettbewerbsfähigen Agrarsektors. Man sei auch bereit, an Enrico Lettas Vorschlag einer „fünften Freiheit“ zur Förderung von Forschung, Innovation und Bildung im Binnenmarkt zu arbeiten. Schließlich weist die Erklärung darauf hin, dass die Wettbewerbsherausforderungen „erhebliche Investitionen“ erfordern. Alle Instrumente und Mechanismen zur Verwirklichung der Ziele seien zu prüfen und zu nutzen – der Mehrjährige Finanzrahmen, die Kapitalmarktunion zur Mobilisierung von privaten Finanzmitteln und die verstärkte Einbeziehung der Europäischen Investitionsbank. Die Entwicklung neuer Instrumente werde geprüft. Der nächste reguläre ER findet am 19./20.12.2024 statt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2024/11/08/>

Außen- und Verteidigungspolitik

Rat; Treffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft

Am 07.11.2024 tagte die Europäische Politische Gemeinschaft in Budapest (HUN). Die europäischen Staats- und Regierungschefs thematisierten die sicherheitspolitischen Herausforderungen Europas im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine sowie der anhaltenden Eskalation im Nahen Osten. Weitere Themen waren u.a. die irreguläre Migration sowie die Beziehungen der EU zu den USA.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2024/11/07/>

Kommission; Private Investitionen für den Wiederaufbau der Ukraine

Im Rahmen der ersten Investitionskonferenz zwischen der EU und der Ukraine vom 13.-14.11.2024 in Warschau (POL) kündigte die Kommission an, private Investitionen für den Wiederaufbau der Ukraine zu mobilisieren. Ein entsprechender Aufruf zur Interessenbekundung wurde seitens der Kommission veröffentlicht. Vorschläge können bis zum 01.03.2025 eingereicht werden. Erfolgreiche Vorschläge sollen mit Investitionsprojekten verknüpft werden. Der Investitionsrahmen für die Ukraine ist eine integrale Säule der mit 50 Mrd. EUR ausgestatteten Ukraine-Fazilität der EU. Die Investitionskonferenz soll außerdem mehr als 5.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Ukraine, der EU und darüber hinaus zusammenbringen, um private Investitionen für die Erholung, den Wiederaufbau und die Modernisierung der Ukraine zu mobilisieren. Auch die schrittweise Integration in den EU-Binnenmarkt soll hiermit

unterstützt werden. Der Wiederaufbau der Ukraine erfordere laut Kommission sowohl öffentliche Mittel als auch Partnerschaften mit dem Privatsektor.

https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/european-neighbourhood-policy/countries-region/ukraine/ukraine-investment-framework/publication-call-expressions-interest-eueea-based-businesses-invest-ukraine_en?prefLang=de

Kommission: Gemeinsame Beschaffung von Verteidigungsgütern

Am 14.11.2024 hat die Kommission die Finanzierung von fünf grenzüberschreitenden Projekten im Rahmen des Instruments zur Stärkung der Europäischen Verteidigungsindustrie durch Gemeinsame Beschaffung (EDIRPA) genehmigt. Damit soll eine bessere Koordinierung und Effizienz der Beschaffung von Verteidigungsgütern zwischen den Mitgliedstaaten (MS) unterstützt und die Verteidigungsbereitschaft gestärkt werden. An den ausgewählten Projekten sind 20 MS beteiligt. Jedes der fünf Projekte erhält eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 60 Mio. EUR, wobei die ausgewählten Projekte insgesamt auf einen Auftragswert von mehr als 11 Mrd. EUR aufweisen. EDIRPA wurde als kurzfristiges Instrument nach Beginn des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine aufgesetzt. Es unterstützt die gemeinsame Auftragsvergabe in drei Bereichen: Munition, Luft- und Raketenabwehr sowie Plattformen und der Ersatz von Altsystemen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_24_5827

Kommission; Präsidentschaftswahlen in der Republik Moldau

Die Kommission und der Hohe Vertreter der EU, Josep Borrell, haben nach der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen in der Republik Moldau Amtsinhaberin Maia Sandu zur Wiederwahl gratuliert. Die EU werde Moldau auf seinem europäischen Weg weiter begleiten. Sie sei entschlossen, die demokratische Entwicklung, die Reformen und das Wirtschaftswachstum Moldaus weiterhin zu unterstützen sowie die Widerstandsfähigkeit des Landes – insbesondere auf seinem Weg in die EU – zu stärken.

[Joint Statement by the European Commission and High Representative Josep Borrell on the second round of Presidential Elections in Moldova - European Commission](#)

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

Kommission; EP; Anhörungen für die neue Kommission 2024-2029

Vom 04.11. bis 12.11.2024 haben die Anhörungen der nominierten Kommissarinnen und Kommissare in den Fachausschüssen des EP stattgefunden. In der Woche zwischen dem 04.11. bis 07.11.2024 sind bereits 20 der 26 der designierten Kommissionsmitglieder von den jeweiligen Ausschüssen angehört worden. Mit Ausnahme des ungarischen Kandidaten für den Posten des Kommissars für Gesundheit und Tierwohl, Olivér Várhelyi, wurden die Kandidatinnen und Kandidaten im Anschluss an die Anhörungen von den Ausschusskoordinatoren bestätigt. Am 12.11.2024 wurden die sechs Kandidatinnen und Kandidaten für die Ämter der Vizepräsidenten angehört. Bei diesen konnte die Zustimmung der Koordinatoren nicht erzielt werden. In diesem Fall sieht die Geschäftsordnung des EP eine Abstimmung in den zuständigen Ausschüssen vor. Sobald die noch ausstehenden Bestätigungen in den zuständigen Ausschüssen erfolgt sind, bewertet die Konferenz der Ausschussvorsitze die Ergebnisse aller Anhörungen und leitet ihre Schlussfolgerungen an die Konferenz der Präsidenten weiter. Es ist geplant, dass die Konferenz der Präsidenten in ihrer Sitzung am 21.11.2024 einen Meinungs austausch über die Empfehlung führen und über den Abschluss der Anhörungen entscheiden

wird. Die Konferenz der Präsidenten kann dann beschließen, die Abstimmung über das gesamte Kollegium der Kommission auf die Tagesordnung der Plenarsitzung zu setzen. Die Wahl der gesamten Kommission erfolgt mit einfacher Mehrheit, der im Plenum abgegebenen Stimmen. Die Abstimmung ist derzeit für das Plenum vom 25.-28.11.2024 im EP in Straßburg vorgesehen. Hat die neue Kommission die Zustimmung des EP erhalten, so kann sie vom Rat mit qualifizierter Mehrheit ernannt werden.

<https://elections.europa.eu/european-commission/de/programme/>

Entwaldungsverordnung: Firmen sollen ein Jahr mehr für Umsetzung bekommen

Als Reaktion auf die Bedenken von Mitgliedstaaten, Nicht-EU-Ländern und der Wirtschaft, die Vorschriften der EU-Entwaldungsverordnung einhalten zu können, wenn sie bereits ab Ende 2024 gelten würden, hat das EP am 14.11.2024 gefordert, das Anwendungsdatum der Entwaldungsverordnung um ein Jahr zu verschieben. Die Verschiebung wurde im Rahmen des Dringlichkeitsverfahrens mit einer Mehrheit von 371 – 240 – 30 gebilligt. Damit müssten große Marktteilnehmer sowie Händler die sich aus der Verordnung ergebenden Verpflichtungen erst ab dem 30.12.2025 einhalten, während Kleinst- und Kleinunternehmen bis zum 30.06.2026 Zeit hätten. Das EP nahm zudem weitere von einzelnen Fraktionen vorgeschlagene Änderungen an, darunter die Schaffung einer neuen Kategorie von Ländern, die hinsichtlich der Entwaldung „kein Risiko“ darstellen, zusätzlich zu den bestehenden drei Kategorien „geringes“, „normales“ und „hohes“ Risiko. Für Länder, die als „kein Risiko“ eingestuft werden, d.h. für Länder mit stabiler oder zunehmender Entwicklung der Waldfläche, sollen deutlich weniger strenge Anforderungen gelten.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2024-0031_DE.html

EP fordert hartes Durchgreifen der EU gegen Russlands „Schattenflotte“

Der Begriff „Schattenflotte“ Russlands bezieht sich auf Moskaus Einsatz alter Öltankschiffe mit unklaren Eigentumsverhältnissen und oft fehlender Versicherung, um trotz der internationalen Sanktionen Rohöl ins Ausland zu exportieren. In einer am 14.11.2024 angenommenen Entschließung fordert das EP gezieltere Maßnahmen gegen diese Schiffe in den nächsten EU-Sanktionspaketen, die sowohl alle einzelnen Schiffe als auch deren Eigentümer, Betreiber, Manager, Konten, Banken und Versicherungen umfassen. Das EP fordert außerdem die systematische Sanktionierung von Schiffen, die ohne bekannte Versicherung durch EU-Gewässer fahren, und fordert die EU auf, ihre Überwachungskapazitäten, insbesondere die Drohnen- und Satellitenüberwachung, zu verbessern und gezielte Inspektionen auf See durchzuführen. Das EP betont, dass der Nutzen der bestehenden Sanktionen gegen Russland und der finanziellen und militärischen Unterstützung für die Ukraine weiterhin untergraben wird, solange die EU russische fossile Brennstoffe importiert. Das EP fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, alle Importe von russischen fossilen Brennstoffen, einschließlich Flüssiggas (LNG), zu verbieten.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2024-0036_DE.html

COP29: EP fordert ein neues kollektives Ziel zur Klimafinanzierung nach 2025

Eine am 14.11.2024 mit einer Mehrheit von 429 – 183 – 24 angenommene Entschließung fordert alle Länder auf, sich im Rahmen der UN-Klimakonferenz COP29 in Baku (Aserbaidshan) auf ein neues kollektives Ziel zur Klimafinanzierung nach 2025 zu einigen. Dies sollte sozial gerecht sein, sich am Verursacherprinzip orientieren und auf einer Vielzahl öffentlicher, privater und innovativer Finanzierungsquellen beruhen. Das EP fordert, dass alle großen und aufstrebenden Volkswirtschaften mit hohen Emissionen und hohem Bruttoinlandsprodukt einen finanziellen Beitrag zu den globalen Klimaschutzmaßnahmen leisten sollen. Die COP29-Klimakonferenz müsse

ein „unmissverständliches Signal“ als Folge der COP28-Verpflichtung zur Abkehr von fossilen Brennstoffen aussenden.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2024-0035_DE.html

Wirtschaft

Kommission; Einleitung eines Anti-Dumpingverfahrens wegen Einfuhren von Cholinchlorid aus China

Die Kommission leitete mit Bekanntmachung vom 31.10.2024 ein Anti-Dumpingverfahren wegen Einfuhren von Cholinchlorid aus China ein. Cholinchlorid wird für Schweine- und Geflügelfutter verwendet, um das Wachstum von Tieren zu beeinflussen. Den Antrag auf Einleitung des Verfahrens hatten am 17.09.2024 Unternehmen aus ITA und BEL (Balchem Italia Srl und Taminco BV) gestellt. Sie gaben an, dass durch die Einfuhren die Gesamtergebnisse und die finanzielle Lage des Wirtschaftszweigs nachteilig beeinflusst würden. Interessierte Parteien können innerhalb von 37 Tagen nach der o.a. Bekanntmachung hierzu Stellung nehmen.

https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C_202406602

Rat; Formelle Verabschiedung der Bauprodukteverordnung

Am 05.11.2024 nahm der Rat formell die Verordnung zur Festlegung harmonisierter Bedingungen für die Vermarktung von Bauprodukten („EU-Bauprodukteverordnung“) an. Die Verordnung ist Teil eines Maßnahmenpakets, das die Kommission am 30.03.2022 als Teil des „European Green Deals“ und des Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft vorgelegt hatte. Über die Bauprodukteverordnung sollen die EU-Vorschriften für die Vermarktung harmonisiert, der freie Verkehr im Binnenmarkt erleichtert, der Verwaltungsaufwand verringert und die Kreislaufwirtschaft sowie die technologische Entwicklung gefördert werden. Durch die Einführung digitaler Produktpässe sollen Verbraucherinnen und Verbraucher besser informiert und ökologische Entscheidungen erleichtert werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/11/05/building-materials-council-adopts-law-for-clean-and-smart-construction-products/>

Eurostat; Verwendung von Waren und Dienstleistungen im Jahr 2022

Am 07.11.2024 veröffentlichte Eurostat Zahlen zur Verwendung von Waren und Dienstleistungen im Jahr 2022. Die EU produzierte Waren und Dienstleistungen im Wert von 31.674 Mrd. EUR, während sich die Einfuhren von außerhalb der EU auf einen Wert von 3.106 Mrd. EUR beliefen. Fast die Hälfte der Waren und Dienstleistungen (48,7%) wurde zur Herstellung anderer Produkte eingesetzt. 31,2% wurden für den Endverbrauch verwendet, entweder von privaten Haushalten oder vom öffentlichen Sektor. 10,6% wurden für die Bruttokapitalbildung verwendet und 9,5% entfielen auf die Ausfuhr von Waren.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20241107-2>

EuG; Bestätigung des Kommissionsbeschlusses zum Erwerb des Telekommunikationsgeschäfts durch Vodafone

Das EuG bestätigte in den Rechtssachen T-58/20, T-64/20 und T-69/20 (NetCologne, Deutsche Telekom, Tele Columbus gegen Kommission) mit Urteil vom 13.11.2024 den Beschluss der Kommission, mit dem der von Vodafone getätigte Erwerb des Telekommunikationsgeschäfts von Liberty Global in DEU, in der CZR, in HUN und in ROM genehmigt wurde. Das EuG kam zu dem Ergebnis, dass die Annahme der Kommission – wonach die an dem Zusammenschluss beteiligten Unternehmen auf

den Endkundenmärkten für die Bereitstellung von Fernsehsignalen in DEU keine Wettbewerber seien – nicht zu beanstanden sei. Die Kommission hatte den Zusammenschluss im Juli 2019 genehmigt, woraufhin die deutschen Telekommunikationsanbieter NetCologne, Deutsche Telekom und Tele Columbus Klage vor dem EuG erhoben hatten. Das EuG wies nun die Klage ab und erklärte, dass allein der Umstand, dass durch einen Zusammenschluss eine beherrschende Stellung begründet oder verstärkt werden würde, an sich nicht ausreicht, um den Zusammenschluss für mit dem Binnenmarkt unvereinbar anzusehen.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=T-58/20>

V e r k e h r

Eurostat; Zahlen zum Schienenpersonen- und Schienengüterverkehr in 2023

Am 30.10.2024 hat Eurostat Zahlen über den Schienenpersonen- und Schienengüterverkehr veröffentlicht. Beim Schienenpersonenverkehr wurden im Jahr 2023 429 Mrd. Personenkilometer (Pkm) registriert, in 2022 waren es 386 Mrd. Pkm. Das ist ein Anstieg von 11,2% und die höchste Zahl, die von den großen Eisenbahnunternehmen seit Beginn der Datenerhebung im Jahr 2004 gemeldet wurde. 2020 war das Jahr mit der niedrigsten Nachfrage von 221 Mrd. Pkm. Von den insgesamt 8 Mrd. Fahrgästen, die in 2023 in der EU gezählt wurden, reisten 33,9% in DEU und 15% in FRA. Die Fahrgastzahlen in KRO, IRL und LUX stiegen um mehr als 25%. Im Schienengüterverkehr gab es im Gegenzug einen Rückgang von 4,9% bei insgesamt 378 Mrd. Tonnenkilometern (tkm) im Vergleich zum Jahr 2022. Somit ist das Niveau von 2023 das niedrigste seit 2015, mit Ausnahme des Jahres 2020, als die Schienengüterverkehrsleistung aufgrund der COVID-Pandemie um 8,4% auf 367 tkm zurückging.

<https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/w/ddn-20241030-1>

Kommission; Initiative zur Überprüfung des Vertrags zur Gründung der Verkehrsgemeinschaft

Die Kommission hat am 06.11.2024 eine Aufforderung zur Stellungnahme zu der Initiative „Vertrag zur Gründung der Verkehrsgemeinschaft – Empfehlung zu seiner Überarbeitung“ veröffentlicht. Mit der Initiative sollen Verhandlungen zur Überprüfung des Vertrags zur Gründung der Verkehrsgemeinschaft (VGV) aufgenommen werden. Die Überprüfung soll der Verbesserung der Funktionsweise des VGV dienen, indem die schrittweise Integration der Nicht-EU-Vertragsparteien in den EU-Verkehrsmarkt weiter gefördert werden soll und die derzeitigen Beobachter Vollmitglied werden können. Dem VGV gehören neben der EU auch sechs Partner im Westbalkan an. Der Vertrag trat am 01.05.2019 in Kraft und muss nach fünf Jahren überprüft werden. Rückmeldungen sind bis zum 04.12.2024 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14441-Vertrag-zur-Grundung-der-Verkehrsgemeinschaft-Empfehlung-zu-seiner-Überprüfung_de

Kommission; Ausbau der Stromexportkapazität in die Ukraine und Moldau

Die Übertragungsnetzbetreiber Kontinentaleuropas haben am 29.10.2024 die erhöhte Kapazität für Stromausfuhren bestätigt. Der Europäische Verbund der Übertragungsnetzbetreiber (ENTSO-E) hatte vorher bekannt gegeben, dass auf Grundlage einer gemeinsamen Bewertung der Netzbedingungen die Exportgrenze ab dem 01.12.2024 von 1.700 auf 2.100 Megawatt angehoben werden kann. Die Stabilität des Stromnetzes und die Betriebssicherheit sind dabei weiterhin gewährleistet. Damit leistet die EU einen Beitrag zur Energiesicherheit der Ukraine im kommenden Winter. Ab März 2025 werden die Übertragungsnetzbetreiber eine Bewertung der Obergrenze der kommerziellen Kapazität zwischen der EU, der Ukraine und der Republik Moldau monatlich durchführen. Die Kommission begrüßte dies ausdrücklich.

https://energy.ec.europa.eu/news/commission-welcomes-increased-electricity-export-capacity-ukraine-and-moldova-2024-10-29_en

EuRH; Kostenschätzungen für die Modernisierung des Stromnetzes benötigt

Der EuRH veröffentlichte am 31.10.2024 in seinem Newsletter einen Beitrag über die Aufgaben des Stromnetzes der EU. Laut Newsletter beträgt der Anteil von Strom am Energiebedarf in der EU derzeit 23%. Dieser Anteil wird laut Schätzungen bis 2030 auf 30% und bis 2040 auf 50% steigen. Der steigende Stromanteil und der zunehmende Einsatz von erneuerbaren Energien führen laut dem Newsletter dazu, dass die Stromnetze modernisiert werden müssen. Da durch erneuerbare Energien Strom nicht konstant in gleichbleibender Höhe erzeugt werden könne, würden z.B. Batterien zur Speicherung überschüssiger Stromkapazitäten, intelligente Messsysteme und Übertragungsleitungen benötigt. Das europäische Stromnetz setzt sich derzeit aus über 11,3 Mio. km Kabeln und Drähten zusammen. Nach Schätzungen der Kommission werden bis 2030 zur Netzmodernisierung Investitionen in Höhe von 584 Mrd. EUR benötigt.

https://www.eca.europa.eu/de/news/NEWS2024_11_NEWSLETTER_03

Kommission; EU-Gasspeicher zum 01.11.2024 zu 95% gefüllt

Am 31.10.2024 gab die Kommission in einer Pressemitteilung bekannt, dass die Gasspeicher der EU zum 01.11.2024 zu 95% gefüllt waren. Das bedeutet, derzeit sind in der EU rund 100 Mrd. m³ Gas gespeichert. Dies entspricht etwa einem Drittel des jährlichen Gasverbrauchs der EU. Damit wird das in der Gasspeicherverordnung von 2022 festgelegte Ziel, dass die Speicher bis zum 01.11. eines jeden Jahres zu 90% gefüllt sein müssen, übertroffen. Die Kommissarin für Energie, Kadri Simson, erklärte dazu, dass die EU in einer starken Position sei, um die Versorgung und die Preise im kommenden Winter stabil zu halten und die Abkehr von russischen Importen fossiler Brennstoffe fortzusetzen.

https://energy.ec.europa.eu/news/eu-gas-storages-95-full-ahead-1-november-surpassing-90-target-gas-storage-regulation-2024-10-31_en

Rat; Schlussfolgerungen zum Sonderbericht des EuRH über die Industriepolitik im Bereich erneuerbarer Wasserstoff

Am 05.11.2024 hat der Rat Schlussfolgerungen zum Sonderbericht des EuRH „Die Industriepolitik der EU im Bereich erneuerbarer Wasserstoff: Rechtsrahmen weitgehend angenommen – Zeit für einen Realitätscheck“ angenommen. Der Bericht wurde vom EuRH am 17.07.2024 veröffentlicht. In den Schlussfolgerungen wird der Bericht des EuRH begrüßt. Der Rat fordert die rasche Umsetzung des EU-Rechtsrahmens und regt die Entwicklung eines Verbundnetzes an. Die Kommission

wird aufgefordert, Maßnahmen zur Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit und Investitionssicherheit der EU-Industrie zu ergreifen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/11/05/hydrogen-council-calls-for-swift-implementation-of-eu-law-and-coordinated-action-for-networks-industry-and-investors/>

D i g i t a l e s

Kommission; Konsultation zu Verboten und Definition von KI-Systemen

Die Kommission hat eine Konsultation eingeleitet, deren Beiträge in die Abfassung von Leitlinien für die Definition von KI-Systemen und der Anwendung von KI-Praktiken einfließen sollen. Die Leitlinien sollen am 02.02.2025 in Kraft treten. Die Aufforderung des Amtes für Künstliche Intelligenz bzgl. der Einreichung von Beiträgen richtet sich insbesondere an Anbieter von KI-Systemen, nationale Behörden, Forschungseinrichtungen, aber auch an die Zivilgesellschaft. Beiträge können bis zum 11.12.2024 eingereicht werden.

<https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/Prohibitions-and-Definition-Survey-2024>

Kommission; Millionengeldstrafe für Meta

Die Kommission hat gegen den Konzern Meta mit Sitz in den USA eine Geldbuße in Höhe von 797,72 Mio. EUR verhängt. Das Unternehmen verstößt nach Ansicht der Kommission durch die Verknüpfung des Online-Kleinanzeigendienstes „Facebook Marketplace“ mit dem sozialen Netzwerk „Facebook“ gegen EU-Kartellvorschriften. Hintergrund ist, dass Meta auf dem Markt für persönliche soziale Netzwerke und auf den nationalen Märkten für Online-Display-Werbedienste im Bereich der sozialen Medien eine marktbeherrschende Stellung hat. Einen weiteren Verstoß sieht die Kommission darin, dass Meta Werbedaten ausschließlich zugunsten des „Facebook Marketplaces“ nutzen könne, obwohl diese von anderen Werbetreibenden durch Nutzung der Meta-Plattformen erzeugt würden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_5801

F o r s c h u n g

Forschungsrat; Ergebnisse der letzten Förderrunde

Am 05.11.2024 hat der Europäische Forschungsrat (European Research Council, ERC) die neuesten Ergebnisse der letzten Förderrunde zu den sog. Synergy-Grant-Förderungen bekannt gegeben. Insgesamt werden 34 Forscherteams aus DEU für Großprojekte unterstützt. Die Finanzierung erfolgt aus dem EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa. Die europaweite Förderhöhe beträgt 571 Mio. EUR. Die ERC-Synergy Grants fördern die Zusammenarbeit zwischen herausragenden Forschenden und ermöglichen es ihnen, ihr Wissen und ihre Ressourcen zu bündeln, um die Grenzen der wissenschaftlichen Entdeckung zu erweitern. Die Förderung kann für bis zu sechs Jahre beantragt werden mit einem maximalen Budget von 10 Mio. EUR. Der ERC ist die wichtigste europäische Förderorganisation für exzellente Pionierforschung. Auch Hessen profitiert mit einem geförderten Projekt von der ERC-Förderrunde: Dr. Elena Xoplaki von der Justus-Liebig-Universität Gießen ist als Teil des EUROpest-Projekts zur Förderung ausgewählt worden. Das Projekt wird durch einen Forscher der Universität Warschau koordiniert.

Finanzdienstleistungen

Rat; Annahme zweier Rechtsakte zu Solvency II und IRRD

Am 05.11.2024 hat der Rat eine Richtlinie zur Änderung der Richtlinie Solvency II sowie eine Richtlinie zur Einführung neuer Vorschriften für die Sanierung und Abwicklung von Versicherungsunternehmen (IRRD) angenommen. Die neuen Vorschriften zu Solvency II sollen die Versicherungsbranche widerstandsfähiger machen, Versicherungsnehmer besser schützen sowie die Versicherungs- und Rückversicherungsbranche dabei unterstützen, eine größere Rolle bei der Bereitstellung langfristiger privater Investitionsquellen für europäische Unternehmen zu spielen. Die IRRD-Richtlinie soll wiederum Versicherer und Behörden in der EU besser für finanzielle Notlagen rüsten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/11/05/solvency-ii-and-irrd-council-signs-off-new-rules-for-the-insurance-sector/>

EuG; Kartellbußen gegen Crédit agricole und Credit Suisse bestätigt

Am 06.11.2024 bestätigte das Gericht der EU in den Rechtssachen T-386/21 und T-406/21 die von der Kommission getroffene Feststellung einer Zuwiderhandlung gegen das Wettbewerbsrecht im Falle der Banken Crédit agricole und Credit Suisse und hielt damit die Höhe der 2021 verhängten Geldbußen aufrecht. Die Kommission hatte festgestellt, dass sich die genannten Banken auf dem Sekundärmarkt für supranationale Anleihen, Staatsanleihen und Anleihen öffentlicher Stellen in US-Dollar („SSA Bonds“) verständigt hatten. Sie hatte eine Geldbuße in Höhe von 11,9 Mio. EUR gegen Credit Suisse und 3,9 Mio. EUR gegen Crédit agricole verhängt. Der ebenfalls beteiligten Deutschen Bank wurde die Geldbuße aufgrund ihrer Zusammenarbeit im Rahmen der Untersuchung erlassen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=4640F3E3E4F98D37BA439CC8CBF3FBDE?text=&docid=292000&pageIndex=0&doclang=EN&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=6612236>

Europäische Investitionsbank; Bericht „Finance in Africa 2024“ veröffentlicht

Im Bericht „Finance in Africa 2024“ hat die Europäische Investitionsbank (EIB) am 07.11.2024 Zahlen zu „Fintech“-Unternehmen in Afrika veröffentlicht. Diese basieren auf der neunten jährlichen Umfrage der EIB zum afrikanischen Bankensektor. Demnach hat sich die Zahl der „Fintech“-Unternehmen seit 2020 fast verdreifacht. Dies trage zu einem verbesserten Zugang zu Finanzmitteln für Menschen und Unternehmen auf dem gesamten Kontinent bei. Darüber hinaus zeigt der Bericht Potentiale und Hemmnisse für das Wirtschaftswachstum im afrikanischen Finanzsektor auf. Die aktuelle Wirtschaftslage, Kapitalmangel und hohe Finanzierungskosten bereite den Banken Sorge. Ebenso gehöre Afrika zu den vom Klimawandel am stärksten betroffenen Regionen der Welt, was sich auch negativ auf die Kreditqualität auswirke. Gleichzeitig habe sich gezeigt, dass Kreditvergaben an von Frauen geführte Unternehmen eine bessere Kreditleistung aufweisen, so dass 17% der afrikanischen Banken die Einführung einer Gender-Strategie planen.

<https://www.eib.org/en/publications/20240033-finance-in-africa>

Rat; Eurogruppe und ECOFIN-Rat

Im Rahmen des Rates „Wirtschaft und Finanzen“ (ECOFIN-Rat) am 05.11.2024 erzielten die Ministerinnen und Minister eine Einigung zum Paket „Mehrwertsteuer im digitalen Zeitalter“ und nahmen zwei Rechtsakte zu Solvency II und IRRD an. Weiterhin informierten sie sich über die Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) sowie die wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Auch billigte der Rat Schlussfolgerungen zu den Fortschritten in Bezug auf die statistischen Prioritäten der EU und nahm eine Verordnung zur weiteren Verbesserung der Entwicklung, Erstellung und Verbreitung europäischer Statistiken an. Im Vorfeld der Klimakonferenz COP29 veröffentlichte der Rat zudem Zahlen für die internationale Klimaschutzfinanzierung 2023, denen zufolge die EU und ihre Mitgliedstaaten 28,6 Mrd. EUR aus öffentlichen Quellen zur Klimaschutzfinanzierung beigetragen und zusätzlich 7,2 Mrd. EUR an privater Finanzierung zur Unterstützung von Entwicklungsländern mobilisiert hätten. Bereits am Vortag hatte sich die Eurogruppe mit dem Stand der Bankenunion sowie im inklusiven Format mit der Kapitalmarktunion befasst und eine förmliche Erklärung zur Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft abgegeben.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2024/11/05/>

Rat; Allgemeine Ausrichtung zum Paket „Mehrwertsteuer im digitalen Zeitalter“

Am 05.11.2024 erzielte der Rat nach fast zweijährigen Verhandlungen eine Einigung zum Gesetzespaket „Mehrwertsteuer im digitalen Zeitalter“. Das Paket umfasst drei Rechtsakte: eine Richtlinie, eine Verordnung sowie eine Durchführungsverordnung. Es zielt u.a. darauf ab, die Mehrwertsteuer-Meldepflichten für grenzüberschreitende Transaktionen bis 2030 vollständig zu digitalisieren und die zentralen Anlaufstellen für die Online-Mehrwertsteuer zu verbessern, damit Unternehmen sich nicht in jedem Mitgliedstaat, in dem sie tätig sind, für die Mehrwertsteuer registrieren lassen müssen. Damit soll das Gesetzespaket zur Bekämpfung von Steuerbetrug beitragen, Unternehmen unterstützen und die Digitalisierung fördern.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/11/05/taxation-council-agrees-on-vat-in-the-digital-age-package/>

Kommission; EuGH-Klage gegen DEU wegen diskriminierender steuerlicher Behandlung

Am 14.11.2024 kündigte die Kommission an, gegen DEU vor dem EuGH Klage einzureichen. Hintergrund ist, dass DEU die diskriminierende steuerliche Behandlung von reinvestierten Veräußerungsgewinnen aus dem Verkauf deutscher Immobilien nicht beseitigt habe. DEU gewähre einen Steueraufschub für reinvestierte Veräußerungsgewinne, die mit dem Verkauf von in DEU gelegenen Immobilien erzielt wurden, sofern das Grundeigentum mindestens sechs Jahre lang ununterbrochen einer Betriebsstätte im Inland zuzuordnen war. Bei nach DEU Recht gegründeten Unternehmen wird davon ausgegangen, dass sie am Ort ihrer Hauptverwaltung eine solche Betriebsstätte unterhalten, selbst wenn sie in DEU keiner gewerblichen Tätigkeit nachgehen. Bei vergleichbaren nach dem Recht eines anderen EU- oder eines EWR-Mitgliedstaats gegründeten Unternehmen werde jedoch nicht davon ausgegangen, dass sie eine solche Betriebsstätte in DEU unterhielten, sodass ihnen kein entsprechender Steueraufschub gewährt werde.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/document/print/de/ip_24_5665/IP_24_5665_DE.pdf

Kommission; Finalisten für den EU-Preis für barrierefreie Städte vorgestellt

Am 31.10.2024 wurden die Finalisten des Access City Award 2025 vorgestellt. Mit dem Preis werden Städte ausgezeichnet, die für ein starkes Engagement bei der Zugänglichkeit städtischen Lebens für Menschen mit Behinderungen stehen. Dies umfasst insbesondere den Zugang zu Gebäuden, Straßen, Parks, öffentlichen Verkehrsmitteln sowie Informations- und Kommunikationstechnologien. Zurückliegend erhielten u.a. Marburg und Wiesbaden in den vergangenen Jahren einen zweiten Preis. Zu den diesjährigen Finalisten gehören Nürnberg (DEU), Borås (SWE), Cartagena (ESP) und Wien (AUT). Die Gewinner werden im Rahmen einer Preisverleihung am 29.11.2024 während der Konferenz zum Europäischen Tag der Menschen mit Behinderungen bekannt gegeben.

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=88&eventsId=2183&furtherEvents=yes>

Kommission; Vorschlag zum Bürokratieabbau bei Entsendungen

Am 13.11.2024 hat die Kommission einen Vorschlag für ein einheitliches digitales Meldeportal bei Entsendungen vorgelegt. Dies soll Unternehmen, die Arbeitnehmer vorübergehend in einen anderen Mitgliedstaat entsenden, künftig über ein einheitliches digitales Anmeldeportal ermöglicht werden. Bisher erfolgt dies über 27 unterschiedliche nationale Meldestellen sowie Formulare und betrifft ca. 5 Mio. entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Kommission erhofft sich hiervon eine Verringerung der zeitlichen Belastung für Unternehmen um ca. 73%. Die Maßnahme soll zum Ziel der Kommission beitragen, den Meldeaufwand um 25 % zu verringern. Der Vorschlag wurde mit der neuen Industriestrategie 2020 angekündigt und war Teil der Mitteilung vom März 2024 „Arbeits- und Fachkräftemangel in der EU: einen Aktionsplan“.

https://single-market-economy.ec.europa.eu/publications/proposal-public-interface-declaring-posted-workers_en

Gesundheit und Verbraucherschutz

Kommission; Illegale Verkaufspraktiken der Plattform Temu

Die EU-Kommission und das Netzwerk für die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz (CPC-Netz) haben am 08.11.2024 den Online-Marktplatz Temu dazu aufgefordert, seine Verkaufspraktiken in Einklang mit dem EU-Verbraucherrecht zu bringen. Eine gemeinsame Untersuchung von Kommission, dem Umweltbundesamt aus DEU sowie den nationalen Verbraucherbehörden aus BEL und IRL hat eine Reihe von Praktiken festgestellt, die Verbraucherinnen und Verbraucher in die Irre führen oder ihre Kaufentscheidungen unangemessen beeinflussen können. Temu steht nach wie vor unter Beobachtung und muss dem CPC-Netz weitere Informationen übermitteln. Die vom CPC-Netz ermittelten problematischen und gegen EU-Verbraucherschutzvorschriften verstoßenden Praktiken von Temu umfassen u.a. falsche Rabattaktionen, Ausübung von Druck gegenüber Verbraucherinnen und Verbrauchern, erzwungene „Spielifizierung“ (Verbraucher werden gezwungen, ein Glücksrad zu drehen) sowie gefälschte Bewertungen und versteckte Kontaktangaben. Temu hat nun einen Monat Zeit, um auf die Ergebnisse der Untersuchung durch das CPC-Netz zu antworten und darzulegen, wie es die ermittelten verbraucherrechtlichen Probleme beheben will.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_5707

Kommission; Konsultation zur Bewertung von Gesundheitstechnologien

Vom 26.10.-26.11.2024 stellt die Kommission den Entwurf einer Durchführungsverordnung über gemeinsame wissenschaftliche Beratungen zu Medizinprodukten und In-vitro-Diagnostika zur Konsultation. Ziel der Verordnung zur Bewertung von Gesundheitstechnologien ist es, die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten bei der klinischen Bewertung neuer Gesundheitstechnologien zu unterstützen. Diese Initiative betrifft die wissenschaftlichen Beratungen zu Medizinprodukten und enthält Bestimmungen zur Durchführung einer gemeinsamen klinischen Bewertung von Produkten.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13752-Bewertung-von-Gesundheitstech-nologien-gemeinsame-wissenschaftliche-Beratungen-zu-Medizinprodukten-und-In-vitro-Diagnostika_de

U m w e l t

Kommission; Initiative zur Einrichtung des CBAM-Registers

Am 31.10.2024 hat die Kommission die Initiative „CO2-Grenzausgleichssystem (CBAM) – Einrichtung des CBAM-Registers“ samt einer Konsultation veröffentlicht. Mit dem veröffentlichten Entwurf der Durchführungsverordnung soll das CBAM-Register eingerichtet werden. Hierbei handelt es sich um eine elektronische Datenbank für die Einreichung und Verwaltung von CBAM-Erklärungen, inklusive Überprüfungen. Das Register soll ab Januar 2025 bei der Zulassung von CBAM-Anmeldern und ab Januar 2026 bei der Erfüllung der CBAM-Berichterstattungspflichten zum Einsatz kommen. Bis zum 28.11.2024 kann der Rechtsaktentwurf kommentiert werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14117-CO2-Grenzausgleichssystem-CBAM-Einrichtung-des-CBAM-Registers_de

Rat; Richtlinie zu kommunalem Abwasser

Der Rat hat am 05.11.2024 den Entwurf der überarbeiteten Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser verabschiedet. Diese weitet den Geltungsbereich auf kleinere Ballungsräume aus und erfasst mehr Schadstoffe. Die Mitgliedstaaten (MS) müssen das Abwasser aus allen Gemeinden mit mehr als 1.000 Einwohnerwerten behandeln (bisher 2.000 Einwohnerwerte). Bis zum Jahr 2039 wird die Entfernung von Stickstoff und Phosphor (Tertiärbehandlung) für Kläranlagen bei 150.000 Einwohnern und mehr verpflichtend. Für diese Kläranlagen muss bis 2045 eine zusätzliche Behandlung zur Entfernung von Mikroverunreinigungen durchgeführt werden, die sog. Quartärbehandlung. Hersteller von Arzneimitteln und Kosmetika müssen mindestens 80% der Mehrkosten für die quartäre Behandlung beisteuern. Um die Verschmutzung besser bekämpfen zu können und die Einleitung von unbehandeltem kommunalem Abwasser in die Umwelt zu verhindern, müssen alle Gemeinden mit 1.000 bis 2.000 Einwohnern mit Kanalisationen ausgestattet und alle Quellen häuslichen Abwassers müssen bis 2035 an diese Systeme angeschlossen werden. Für solche Gemeinden müssen die MS bis 2035 biologisch abbaubare organische Stoffe aus dem kommunalen Abwasser entfernen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/11/05/urban-wastewater-council-adopts-new-rules-for-more-efficient-treatment/>

Kommission; Konsultation zu Perfluorooctansäure (PFOA)

Die Kommission hat am 08.11.2024 den Entwurf einer delegierten Verordnung über Grenzwerte und Ausnahmen für Perfluorooctansäure (PFOA) zur Konsultation

veröffentlicht. Perfluorooctansäure (PFOA), ihre Salze und PFOA-Vorläuferstoffe sind in der EU und weltweit generell verboten, es gibt aber einige befristete Ausnahmen. Mit dieser Maßnahme wird die Frist für das Verbot von Feuerlöschschäumen verschoben. Ferner werden neue Konzentrationsgrenzwerte für unbeabsichtigte Spurenverunreinigungen vorgeschlagen. Rückmeldungen sind bis zum 06.12.2024 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14295-Chemische-Schadstoffe-Grenzwerte-und-Ausnahmen-fur-Perfluorooctansaure-PFOA_de

Justiz

Rat; Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität: Rat nimmt EU-Verordnung über die Übertragung von Strafverfahren an

Der Rat hat am 05.11.2024, nach Zustimmung des EP, die Verordnung über die Übertragung des Verfahrens in Strafsachen angenommen. Infolge der starken Zunahme der grenzüberschreitenden Kriminalität sieht sich die Strafjustiz in der EU immer häufiger mit Situationen konfrontiert, in denen mehrere Mitgliedstaaten (MS) für die Verfolgung ein und desselben Falls zuständig sind. Die Verordnung ist das erste EU-Instrument eigens zur Regelung der Übertragung von Verfahren und legt mittels eines Kriterienkatalogs die Bedingungen fest, unter denen Verfahren in Strafsachen, die in einem MS eingeleitet wurden, auf einen anderen MS übertragen werden können. Sie soll dafür sorgen, dass das am besten geeignete Land eine Straftat untersucht oder strafrechtlich verfolgt. Zur wirksameren Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität sollen unnötige parallele Verfahren gegen ein und dieselbe Person in verschiedenen MS vermieden und zugleich der Schutz der Grundrechte der verdächtigen oder beschuldigten Person bei der Übertragung von Strafverfahren von einem Land an ein anderes verbessert werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/11/05/fighting-cross-border-crime-council-adopts-eu-law-about-transfer-of-proceedings/>

EuGH; Urteil: Entschädigung der Opfer vorsätzlicher Gewalttaten (Burdene)

Der EuGH hat mit Urteil vom 07.11.2024 in der Rechtssache C-126/23 (Burdene) die Voraussetzungen zur gerechten und angemessenen Entschädigung der Opfer von vorsätzlich begangenen Straftaten gemäß Richtlinie 2004/80/EG präzisiert. Sie steht einer Regelung eines Mitgliedstaats entgegen, die im Fall eines Tötungsdelikts den Entschädigungsanspruch der Eltern der verstorbenen Person davon abhängig macht, dass es weder einen Ehegatten noch Kinder gibt, und den Entschädigungsanspruch der Geschwister davon, dass es keine Eltern mehr gibt. Der EuGH betont, dass auch die materiellen Folgen für die Familienangehörigen aus dem Tod der betreffenden Person durch ein Tötungsdelikt zu berücksichtigen seien oder der Umstand, dass die verstorbene Person für sie unterhaltspflichtig war oder sie mit ihr in häuslicher Gemeinschaft lebten. Im Ausgangsfall wurden nach ITL Recht andere Angehörige als Ehepartner und Kinder von einer staatlichen Entschädigung ausgeschlossen und diese zudem der Höhe nach reduziert. Eltern, Schwester und Kinder des Opfers verlangten vor Gericht in ITL eine gerechte und angemessene Entschädigung.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=292042&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=4592764>

EuG; Urteil: Kein Markenschutz für ein Bildzeichen, das nur eine politische Botschaft enthält, aber keinen Hinweis auf die Herkunft der Ware

Das Gericht der EU hat mit Urteil vom 13.11.2024 in der Rechtssache T-82/24 Administration of the State Border Guard Service of Ukraine / EUIPO entschieden, dass ein Bildzeichen, das aus dem Satz „RUSSIAN WARSHIP, GO F**K YOURSELF“ in russischer und englischer Sprache besteht, nicht als Unionsmarke eingetragen werden kann. Dieser Satz, der ein Symbol des von der Ukraine geführten Kampfes gegen die russische Aggression geworden ist, würde nicht als Hinweis auf eine betriebliche Herkunft wahrgenommen. Das Gericht weist darauf hin, dass ein Zeichen die wesentliche Funktion einer Marke nicht erfüllen kann, wenn der durchschnittliche Verbraucher in dem Zeichen keinen Hinweis auf die Herkunft der Ware oder der Dienstleistung, sondern nur eine politische Botschaft wahrnimmt. Am 22.03.2022 meldete ein Bediensteter des ukrainischen Grenzschutzes beim Amt der Europäischen Union für Geistiges Eigentum (EUIPO) das o.g. Zeichen als Unionsbildmarke für verschiedene Waren und Dienstleistungen an, u.a. für Überwachungsgeräte, Schmuck, Taschen, Kleidung und Spielzeug. Während des Verfahrens vor dem EUIPO trat an die Stelle des Anmeldenden der Grenzschutz selbst. Das EUIPO lehnte die Eintragung des Zeichens als Unionsmarke mit der Begründung ab, dass es sich um einen politischen Slogan im Zusammenhang mit der Verteidigung der Ukraine gegen den russischen Angriff handle. Dieser habe keine Unterscheidungskraft in Bezug auf die Herkunft von Waren oder Dienstleistungen. Der ukrainische Grenzschutz hat diese Entscheidung vor dem Gericht der EU angefochten.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=6F02817DA8EF24FB5AE3D90FFDD7843F?text=&docid=292234&pageIndex=0&doclang=EN&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=6100563>

EuG; Urteil: Kein Markenschutz für ovale Form in Blau und Gelb

Mit Urteil vom 13.11.2024 in der Rechtssache T-426/23 Chiquita Brands / EUIPO - Compagnie financière de participation (Darstellung einer ovalen Form in Blau und Gelb) hat das Gericht der EU entschieden, dass das blaue und gelbe Oval von Chiquita Brands nicht als Unionsmarke für frische Früchte geschützt werden kann. Weder die Form noch das Farbschema Blau und Gelb verleihen der Marke Unterscheidungskraft. Auch hat Chiquita Brands nicht nachgewiesen, dass ihre Marke, so wie sie eingetragen war, im gesamten Gebiet der Union durch Benutzung Unterscheidungskraft erlangt hat, die es ihr ermöglichen würde, die betriebliche Herkunft der fraglichen Waren erkennbar zu machen. Zum einen bezieht sich die Mehrzahl der vorgelegten Beweise auf nur vier Mitgliedstaaten und zum anderen erscheint die Marke in fast allen Beweisen mit zusätzlichen Bild- oder Wortbestandteilen, insbesondere dem Wort „Chiquita“. Im Jahr 2010 trug das Amt der Europäischen Union für Geistiges Eigentum (EUIPO) zugunsten des Unternehmens Chiquita Brands (USA) eine Unionsbildmarke für verschiedene Lebensmittel – u.a. für frische Früchte – ein, welche eine ovale Form in Blau und Gelb zeigt. Im Jahr 2020 beantragte die französische Gesellschaft Compagnie Financière de Participation die Nichtigkeitsklärung der Marke, weil sie nicht unterscheidungskräftig sei, d.h. die damit versehenen Waren würden nicht mit einem bestimmten Unternehmen (nämlich Chiquita) in Verbindung gebracht. Das EUIPO gab dem Nichtigkeitsantrag zunächst in vollem Umfang statt. Auf eine Beschwerde von Chiquita hin gab das EUIPO dem Nichtigkeitsantrag jedoch nur teilweise statt, nämlich in Bezug auf frische Früchte. Chiquita hat diese Entscheidung, soweit sie die streitige Marke für frische Früchte für nichtig erklärt hat, vor dem Gericht der EU angefochten.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=292253&pageIndex=0&doclang=EN&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=6107386>

EuGH; Schlussanträge des Generalanwaltes zur Gültigkeit der EU-Richtlinie 2002/90 zur Beihilfe bei unerlaubter Einreise

Generalanwalt de la Tour (FRA) legte am 07.11.2024 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-460/23 vor. Er vertritt darin die Auffassung, dass die EU-Richtlinie 2002/90 zur Beihilfe bei unerlaubter Einreise gültig sei, betont aber, dass sie durch nationale Gesetze klar und verhältnismäßig umgesetzt werden müsse. Die Richtlinie erlaubt es den Mitgliedstaaten, die Beihilfe zur unerlaubten Einreise dann nicht zu sanktionieren, wenn sie aus humanitären Gründen geleistet werde. Dem Verfahren liegt ein Vorabentscheidungsersuchen aus ITL zugrunde.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=DCEE051ECFE8A8B490AA2E6EB2E2DB93?text=&docid=292051&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=4516798>

Kommission; Erstmaliges Zusammentreffen des Ausschusses für Neuansiedlung und Aufnahme aus humanitären Gründen

Am 07.11.2024 trat der Hochrangige Ausschuss für Neuansiedlung und Aufnahme aus humanitären Gründen zum ersten Mal zusammen. Der Ausschuss soll zur Schaffung eines dauerhaften Systems der Neuansiedlung beitragen. Dem Ausschuss gehören Vertreter des EP, des Rates, der Mitgliedstaaten, der EU-Asylagentur, der Internationalen Organisation für Migration, des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen sowie der Zivilgesellschaft an. Der Ausschuss wurde durch den EU-Rahmen für Neuansiedlung und Aufnahme aus humanitären Gründen eingesetzt, der Teil des Migrations- und Asylpaktes ist.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_24_5722

Eurostat: Aktuelle Zahlen zu ukrainischen Kriegsflüchtlingen in der EU veröffentlicht

Das Statistische Amt der EU (Eurostat) hat am 08.11.2024 aktuelle Zahlen zu ukrainischen Kriegsflüchtlingen in der EU veröffentlicht. Danach hatten am 30.09.2024 fast 4,2 Mio. Nicht-EU-Bürger, die infolge des russischen Angriffskrieges aus der Ukraine geflohen sind, einen vorübergehenden Schutzstatus in der EU. Die Mitgliedstaaten mit den meisten Personen, die vorübergehenden Schutz aus der Ukraine genießen, sind danach DEU (1,129 Mio. Personen; 26,9% aller EU-Gesamtwerte), POL (979.835; 23,3%) und CZR (378.480; 9,0%). Verglichen mit Ende August 2024 wurden die größten absoluten Zuwächse bei der Zahl der Begünstigten in DEU (+7.005; +0,6 %), POL (+4.645; +0,5 %) und ESP (+3.170; +1,5 %) beobachtet. In FRA (-570; -0,9 %) und ITL (-10; -0,0 %) ging die Zahl der Begünstigten zurück.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20241108-2>

Kommission; Hochwasser in ESP: EU unterstützt bei der Koordinierung der Hilfe

Nachdem ESP infolge der verheerenden Überschwemmungen das EU-Katastrophenschutzverfahren aktiviert hat, haben FRA und PTL Maschinen und Fahrzeuge für die Abfallentsorgung bereitgestellt. Das EU-Koordinierungszentrum für die Notfallreaktion (ERCC) hat einen Verbindungsbeamten nach ESP entsandt, um die Koordination vor Ort zu stärken. Das ERCC unterstützt ESP darüber hinaus mit dem Copernicus Rapid Mapping Service.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/hochwasser-spanien-eu-unterstutzt-bei-der-koordinierung-der-hilfe-2024-11-12_de

Kommission; Ausschreibung im Programm Kreatives Europa

Die Kommission hat am 01.11.2024 eine Ausschreibung zur Unterstützung von ukrainischer Kunst und Kultur veröffentlicht. Die Ausschreibung wird aus dem EU-Förderprogramm Kreatives Europa finanziert und umfasst insgesamt eine Förderhöhe von 5 Mio. EUR. Mit dem Budget werden im Rahmen der Aktion Projekte insb. in folgenden Bereichen finanziert: Unterstützung von Künstlern und Kulturorganisationen in der Ukraine; Förderung des Zugangs zu Kultur und kulturellem Erbe für Vertriebene in der Ukraine oder in den Ländern des Programms „Kreatives Europa“ sowie Vorbereitung auf den Wiederaufbau des ukrainischen Kultur- und Kreativsektors nach dem Krieg. Die Bewerbungsfrist endet am 06.02.2025.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/calls-for-proposals?callIdentifier=CREA-CULT-2025-COOP-UA&isExactMatch=true&status=31094501,31094502&frameworkProgramme=43251814&order=DESC&pageNumber=1&pageSize=50&sortBy=startDate>

Veranstaltungen

Europa nach den Wahlen: LIT hat gewählt

Die Ergebnisse der Parlamentswahlen in LIT, die in zwei Runden im Oktober 2024 stattgefunden haben, waren Gegenstand einer weiteren Ausgabe der Reihe „Europa nach den Wahlen“ am 05.11.2024 in der Vertretung des Landes Hessens bei der EU. Der freie Journalist Evaldas Labanauskas stellte die Wahlergebnisse in seinem Heimatland vor und diskutierte sie anschließend im Gespräch mit Katrin Pribyl, EU-Korrespondentin für deutsche Tages- und Regionalzeitungen.

2nd European Summit of Firefighters

Am 05.11.2024 fand in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU der „2nd European Summit of Firefighters“ statt. Vertreterinnen und Vertreter der europäischen Feuerwehrverbände kamen zusammen, um die Vorbereitung einer gemeinsamen Interessenvertretung auf europapolitischer Ebene in Brüssel voranzutreiben. Die Zusammenkunft begann mit einer Konferenz, bei der die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hierzu intensiv berieten. Das Treffen erfolgte auf Einladung des Deutschen Feuerwehrverbandes. Neben dem Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes, Karl-Heinz Banse, waren u.a. auch der Präsident des Landesfeuerwehrverbandes Hessen, Norbert Fischer, sowie der Präsident des Internationalen Verbandes der Feuerwehren und Rettungsdienste (CTIF), Milan Dubravac (SLO), anwesend. Die Konferenz wurde u.a. von einem Grußwort der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, eingeleitet, die sich via Videobotschaft an die Anwesenden wandte. Am Abend fand ein Get-together in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU statt. In diesem Rahmen unterstrich der Hessische Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, Manfred Pentz, in einem Grußwort die Bedeutung der Zusammenarbeit der europäischen Feuerwehrverbände für eine starke gemeinsame Stimme in Brüssel.

„Finanzwelt in Europa“: Kapitalmarktunion – eine Vision oder kommende Realität für Europas Banken?

Am 06.11.2024 fand auf Einladung des Hessischen Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, Manfred Pentz, und der Helaba Landesbank Hessen-Thüringen in der Vertretung des Landes Hessen bei

der EU in Brüssel eine Abendveranstaltung der Reihe „Finanzwelt in Europa“ mit dem Titel „Kapitalmarktunion – eine Vision oder kommende Realität für Europas Banken?“ statt. Einleitend hob Karin Müller, Hessische Staatssekretärin für Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, den enormen Investitionsbedarf der EU hervor und mahnte einen schnellen Bürokratieabbau an, um mehr Unternehmen Zugang zum Kapitalmarkt zu ermöglichen. Dem schloss sich stellvertretend für den CEO der Helaba, Thomas Groß, auch Dr. Michael Reckhard, Mitglied der Geschäftsleitung der WIBank, an, der zudem die Bedeutung der Kapitalmarktunion (Capital Markets Union; CMU) für Europas Wettbewerbsfähigkeit betonte. Konkrete Maßnahmen auf dem Weg zur CMU beleuchteten Michael Hager, Kabinettschef von Exekutiv-Vizepräsident Valdis Dombrovskis, sowie Astrid Joost-van der Spek, Leiterin des Bereiches Capital Markets bei der Helaba, in der anschließenden, von Dr. Detlef Fechtner, Chefreporter der Börsen-Zeitung, moderierten Podiumsdiskussion. Hager hob hervor, wie wichtig es sei, in Hinblick auf die CMU konkrete Fortschritte zu erzielen – sie sei von einem „nice-to-have“ in der heutigen geopolitischen Gemengelage zum „must-have“ geworden. Neben einem spürbaren Abbau überflüssiger Regulierung sei eine umsichtige Wiederbelebung des Verbriefungsmarktes ebenso nötig wie der Schutz von Kleinanlegern. Joost-van der Spek setze ihre Schwerpunkte in der Diskussion ebenfalls beim Bürokratieabbau sowie beim Thema Verbriefungen, da diese nicht nur die Bilanzen der Banken entlasten, sondern auch die Finanzierungsmöglichkeiten für die Wirtschaft erhöhen könnten. Eine Zentralisierung der Kapitalmarktaufsicht sowie das diskutierte paneuropäische Investitionsprodukt hätten demgegenüber sowohl für Hager als auch für Joost-van der Spek aufgrund fehlender politischer Machbarkeit bzw. Effektivität keine vordringliche Priorität.

Vorstand der Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen zu Gesprächen in Brüssel

Der Vorstand der Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen (AKH) war unter Leitung ihres Präsidenten Dipl.- Ing. (FH) Gerhard Greiner und des Hauptgeschäftsführers Dr. Martin Kraushaar vom 06. bis 07.11.2024 zu Gesprächen in Brüssel. Karin Müller, Hessische Staatssekretärin für Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, begrüßte die Delegation in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU und diskutierte mit der Delegation vor allem über das Thema Entbürokratisierung. In diesem Zusammenhang erläuterte sie die bereits umgesetzten Aktivitäten der Hessischen Landesregierung und verwies auf die konstituierende Sitzung des Sounding Boards für die Wirtschaft in der Hessischen Landesvertretung am 12.11.2024. Dies stieß auf großes Interesse von Seiten der AKH, die sich hier gerne weiter einbringen will und vor allem ihre Herausforderungen bei der Umsetzung der novellierten EU-Gebäuderichtlinie schilderte. Auf der Tagesordnung standen darüber hinaus Gespräche mit Vertretern aus der Kommission und der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU u.a. zur o.a. Richtlinie, sowie zur neuen EU-Bauprodukteverordnung. Die Delegation nahm zudem an der Abendveranstaltung mit der Helaba Landesbank Hessen-Thüringen in der Reihe „Finanzwelt in Europa“ sowie an der Mittagsveranstaltung in der Reihe „Europa im Gespräch“ teil.

„Europa im Gespräch“ zum Thema „75 Jahre NATO: Rückblick und Ausblick“

Am 07.11.2024 fand auf Einladung des Hessischen Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, Manfred Pentz, eine Veranstaltung der Reihe „Europa im Gespräch“ zum Thema „75 Jahre NATO: Rückblick und Ausblick“ statt. Die Hessische Staatssekretärin für Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, Karin Müller, wies in

ihrer Rede darauf hin, dass Frieden kein Automatismus sei. Die NATO sei Europas Trumpfkarte beim Thema Sicherheit, aber Europa müsse sich mehr einbringen in das Bündnis. Wichtig sei aktuell vor allem die Unterstützung der Ukraine. Botschafter Dr. Géza Andreas von Geyr, Ständiger Vertreter Deutschlands im Nordatlantikat und Leiter der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der NATO, diskutierte im Rahmen der Veranstaltung mit Dr. Christoph B. Schiltz, EU-Korrespondent der WELT. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine sowie der Indo-Pazifik-Raum standen im Mittelpunkt des Gesprächs. Hierbei wurde insbesondere auf die Unterstützung der EU für die Ukraine und die Verbesserung der Verteidigungsfähigkeiten der EU eingegangen. Weitere Themen waren die EU-China-Beziehungen und die Zusammenarbeit der EU mit der NATO unter dem neu gewählten Präsidenten der USA, Donald Trump.

Gründungsveranstaltung des Sounding Boards für die Wirtschaft

Der Hessische Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, Manfred Pentz, hat am 12.11.2024 gemeinsam mit der Hessischen Staatssekretärin für Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, Karin Müller, das Sounding Board für die Wirtschaft in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU eröffnet. Zu Beginn der Veranstaltung begründete Minister Pentz die Einrichtung des Sounding Boards vor Vertreterinnen und Vertretern unterschiedlicher Wirtschaftssektoren Hessens, die in Präsenz und online anwesend waren: „Das Sounding Board rundet unsere bisherigen Maßnahmen ab. Mit dem Bürokratie-Melder, mit dem Bündnis gegen Bürokratie, dem Kabinettsausschuss Entbürokratisierung (KASEB) sowie der Stabsstelle in der Staatskanzlei haben wir bereits eine schlagkräftige und praxisnahe Infrastruktur gegen Bürokratie geschaffen. In Brüssel wird das Sounding Board nun europäische Regulierungsvorschläge auf ihren bürokratischen Index, ihre Praktikabilität sowie ihre Folgen für die Wirtschaft untersuchen und wenn notwendig, Verbesserungsvorschläge erarbeiten. Es ist ein Bürokratie-Radar, der uns hilft, Überregulierung schnell zu identifizieren. Damit setzen wir nicht nur einen wichtigen Punkt des Koalitionsvertrages um, sondern unterstützen damit auch ein wichtiges Anliegen der hessischen Wirtschaft.“ Im Anschluss daran folgte die Vorstellung der Funktionsweise des Sounding Boards durch den kommissarischen stellvertretenden Leiter der Vertretung des Landes Hessen bei der EU, Marco Reuter. Danach stiegen die Teilnehmenden in Präsenz und online in eine Diskussionsrunde ein. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer begrüßten die Initiative von Minister Pentz ausdrücklich und stellten die Herausforderungen dar, denen die jeweiligen Wirtschaftssektoren durch übermäßige Bürokratie auf EU-Ebene begegnen. Die Gäste betonten, dass das Sounding Board nach ihrem Verständnis ein großes Potenzial habe, einen wesentlichen Beitrag zum Interessenaustausch sowie zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und damit zur gewünschten Entbürokratisierung zu leisten.

16. Hessisches Weinfest in Brüssel

Am 12.11.2024 fand das 16. Hessische Weinfest in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU statt. An die 1.000 Gäste, darunter zahlreiche MdEP, Mitglieder des Hessischen Landtags, EU-Botschafter und Beamte der EU-Institutionen, Repräsentanten von Regionen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Medien waren der Einladung des Hessischen Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, Manfred Pentz, gefolgt. „Das Weinfest genießt in Brüssel große Anziehungskraft. Darüber freuen wir uns sehr, denn die Landesvertretung ist nicht nur ein Haus, in dem Politik gemacht wird. Es ist auch ein Haus der Begegnung und der Gastfreundschaft“, so Minister Pentz bei der Eröffnung. Ehrengast und Festredner war der Präsident der Hochschule

Geisenheim University, Prof. Dr. Hans Reiner Schultz. Er betonte in seiner Festrede die Bedeutung der Biodiversität für den Weinbau. In Hessen werde viel getan, um Flora und Fauna in den Weinbergen zu fördern und damit die Qualität der Weine zu steigern. An den Probierständen der Winzer aus den beiden Anbaugebieten Rheingau und Hessische Bergstraße konnten die Besucher eine Auswahl hessischer Spitzenweine probieren. Großen Anklang fanden wie immer die klassischen Rebsorten wie Riesling und Spätburgunder. Zudem hatten die Gäste die Möglichkeit, sich über Maßnahmen der Winzerinnen und Winzer im Bereich Biodiversität im Weinbau in ihren Betrieben zu informieren. Das Sortiment des 16. Hessischen Weinfests wurde mit verschiedenen Biersorten der Pfungstädter Brauerei und „Ebbelwoi“ der Kelterei Heil abgerundet. Die Marketinggesellschaft „Gutes aus Hessen GmbH“ präsentierte zudem Spezialitäten wie die „Ahle Wurscht“, „Hessischen Handkäse“, „Frankfurter Würstchen“ sowie die „Frankfurter Grüne Soße“.

Besuch und Sitzung des Europaausschusses des Hessischen Landtags in Brüssel

Die Mitglieder des Europaausschusses des Hessischen Landtags haben am 13.11.2024 in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel getagt. Der Ausschuss traf zunächst mit den hessischen Europaabgeordneten MdEP Prof. Dr. Sven Simon (EVP/DEU), MdEP Dr. Udo Bullmann (S&D/DEU), MdEP Martin Häusling (GRÜNE/DEU) und MdEP Engin Eroglu (RENEW/DEU) zusammen. Im Gespräch mit MdEP Dr. Katarina Barley (S&D/DEU), Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, ging es anschließend um den Ausblick und die Herausforderungen der aktuellen Mandatsperiode. Bei dem Vortrag von Manuela Ulrich, EU-Rechtsberaterin, Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU, wurden die Zusammenarbeit der EU-Institutionen und die EU-Gesetzgebung behandelt. Im Gespräch mit Dr. Jan Grünhage, Stellvertretender Ständiger Vertreter Deutschlands bei der NATO, wurden vor allem die Zukunft der NATO und der transatlantischen Beziehungen thematisiert. Für die Hessische Landesregierung nahm die Staatssekretärin für Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, Karin Müller, an der Ausschusssitzung teil.

Digital Leaders Roundtable: „Boosting Europe’s Digital Economy“

Am 13.11.2024 fand auf Einladung des Hessischen Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, Manfred Pentz, und der Hessischen Ministerin für Digitalisierung und Innovation, Prof. Dr. Kristina Sinemus, der 8. Digital Leaders Roundtable mit dem Titel „For Tomorrow: Boosting Europe’s Digital Economy“ statt. Ministerin Prof. Dr. Sinemus betonte in ihrem Grußwort, dass Hessen mit zwei Dritteln der IT-Leistung deutscher Colocation-Rechenzentren im Rhein-Main-Gebiet sowie angekündigten und laufenden Investitionen von Privatunternehmen in Milliardenhöhe an der Spitze der digitalen Entwicklung stehe. Entscheidend für Europas Zukunftsfähigkeit sei die Stärkung des Rechenzentrumsstandortes. In Hessen würden etwa 35.000 Arbeitsplätze durch Rechenzentren gesichert. Die Digitalwirtschaft in Hessen sei mit einem Umsatz von mehr als 40 Mrd. EUR und rund 130.000 Beschäftigten Motor der digitalen Transformation. Die Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion, Gitta Connemann MdB; Kilian Gross, Referatsleiter, KI-Büro der EU-Kommission; Iris Plöger, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Deutschen Industrie e.V., sowie MdEP Axel Voss (EVP/DEU) diskutierten mit Ministerin Prof. Dr. Sinemus. Moderiert wurde die Veranstaltung von der freien Journalistin Silke Wettach.

Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

- 18.11.2024 Rat „Auswärtige Angelegenheiten“
- Russlands Aggression gegen die Ukraine
 - Lage in Georgien
 - Beziehungen zwischen der EU und den USA
 - Lage im Nahen Osten
- 18.11.2024 Rat „Landwirtschaft und Fischerei“
- Marktlage Landwirtschaft, v.a. im Kontext der Invasion in die Ukraine
 - Gemeinsame Agrarpolitik 2023-2027
 - Fischerei: Fangmöglichkeiten im Jahr 2025
- 18.-19.11.2024 Informelle Ministertagung „Demografie“
- Bewältigung der demografischen Herausforderungen
 - Aktives Altern und Gesundheit älterer Menschen
 - Wohn- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Jüngere unter Berücksichtigung ihrer psychischen Gesundheit
- 19.11.2024 Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ (Verteidigung)
- militärische Unterstützung der EU für die Ukraine
 - Verteidigungsbereitschaft, Niinistö-Bericht
 - EU-Schnelleingreifkapazität, Ständige Strukturierte Zusammenarbeit
- 19.11.2024 Rat „Allgemeine Angelegenheiten“
- Vorbereitungen für die Tagung des Europäischen Rates am 19./20.12.2024
 - Jährlicher Rechtsstaatlichkeitsdialog (MTA, NDL, AUT und POL)
 - Verfahren nach Artikel 7, Bilanz der Entwicklungen in Bezug auf die Achtung der Grundwerte der EU in HUN
- 21.11.2024 Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ (Handel)
- Gedankenaustausch über die Zukunft der Handelspolitik der EU
 - Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten
 - Reform der WTO
- 25.-26.11.2024 Rat (Bildung, Jugend, Kultur und Sport)
- „Glokale“ Möglichkeiten für junge Menschen in ländlichen Gebieten
 - Attraktive und nachhaltige Karrieren in der Hochschulbildung

- Europäisches Sportmodell
- 28.11.2024 Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ (Kohäsion)
- Verwaltung der Kohäsionsfonds
 - Schlussfolgerungen zur Kohäsionspolitik und demografischen Herausforderungen
- 28.-29.11.2024 Rat (Wettbewerbsfähigkeit)

Europäische Kommission

26.11.2024 Herbstpaket des Europäischen Semesters

Europäisches Parlament

Plenarsitzung in Brüssel vom 25.-28.11.2024

Internationaler Tag für die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen – Erklärungen des Parlaments;
 Ergebnisse der UN-Biodiversitätskonferenz 2024 (COP 16) in Cali (Kolumbien) – Erklärung der Kommission;
 Turnusmäßiger Wechsel eines Teils der Mitglieder des Rechnungshofs – der bulgarische Bewerber;
 Einwand gemäß Artikel 115 Absätze 2 und 3 der Geschäftsordnung: genetisch veränderter Mais der Sorte MON 89034 x 1507 x NK603;
 Einwand gemäß Artikel 115 Absätze 2 und 3 der Geschäftsordnung: genetisch veränderte Baumwolle der Sorte COT102;
 Einwand gemäß Artikel 115 Absätze 2 und 3 der Geschäftsordnung: genetisch veränderter Mais der Sorte MON 89034 x 1507 x MON 88017 x 59122 und seine acht Unterkombinationen;
 Einwand gemäß Artikel 115 Absätze 2 und 3 der Geschäftsordnung: genetisch veränderter Mais der Sorte MON 810;
 Einwand gemäß Artikel 115 Absätze 2 und 3 der Geschäftsordnung: genetisch veränderter Mais der Sorte DP915635;
 Einwand gemäß Artikel 115 Absätze 2 und 3 der Geschäftsordnung: genetisch veränderter Mais der Sorte DP23211;
 Einwand gemäß Artikel 115 Absätze 2 und 3 der Geschäftsordnung: genetisch veränderter Mais der Sorte DP202216;
 Einwand gemäß Artikel 115 Absätze 2 und 3 der Geschäftsordnung: genetisch veränderter Mais der Sorte MON 94804;
 Haushaltsverfahren 2025: Ergebnis der Konzertierung;

Aussprache über auswärtige Angelegenheiten in Anwesenheit des Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik;
Vorstellung des Kollegiums der Kommissionsmitglieder und seines Programms durch die gewählte Präsidentin der Kommission;
Haushaltsverfahren 2025: gemeinsamer Entwurf;
Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 5 zum Gesamthaushaltsplan 2024 – Anpassungen bei den Mitteln für Zahlungen, Aktualisierung der Einnahmen und weitere technische Aktualisierungen;
Empfehlung des Rates über rauch- und aerosolfreie Umgebungen – Erklärung der Kommission;
Jüngste Rechtsvorschriften, die sich gegen LGBTIQ-Personen richten, und die Notwendigkeit, die Rechtsstaatlichkeit und die Diskriminierungsfreiheit in der Union zu schützen – Erklärung der Kommission;
Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Artikel 150 GO);
Stärkung der Kinderrechte in der EU - 35. Jahrestag der Annahme des Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes – Erklärung der Kommission

Ausschuss der Regionen

20./21.11.2024

163. AdR-Plenarsitzung

Entschließung zum 30-jährigen Bestehen des Europäischen Ausschusses der Regionen;
Die Zukunft der EU-Klimapolitik: Abstimmung der Klimaschutzziele auf die Herausforderungen der Anpassung;
Beseitigung territorialer Ungleichheiten durch Verbesserung des Zugangs zu Sozialdienstleistungen;
Beseitigung der Hindernisse für die Zusammenarbeit der Notdienste in den EU-Grenzregionen;
Faire Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft: die lokale und regionale Perspektive;
Das Potenzial der Kohäsionspolitik zur Bewältigung des demografischen Wandels;
Vorschlag für eine Verordnung über die Überprüfung ausländischer Investitionen in der EU;
Die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften beim Umgang mit den Herausforderungen und Chancen der künstlichen Intelligenz im öffentlichen Sektor;
Die Zukunft des Binnenmarktes und die Wettbewerbsfähigkeit der EU;
Eine erneuerte Kohäsionspolitik nach 2027, bei der niemand zurückgelassen wird – Reaktion des AdR auf den

neunten Kohäsionsbericht, den Bericht der Hochrangigen Gruppe zur Zukunft der Kohäsionspolitik und die Schlussfolgerungen des Rates zur Zukunft der Kohäsionspolitik;
Zukunft der europäischen territorialen Zusammenarbeit (ETZ) nach 2027;
Umsetzung der EU-Strategie mit Afrika durch die Regionen und Gemeinden

- 26.11.2024 CIVEX-Fachkommissionssitzung
Die lokale und regionale Perspektive bei der Umsetzung der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union (Meinungsaustausch)
- 27.11.2024 NAT-Fachkommissionssitzung
Beitrag der Programmplanung von LEADER und CLLD nach 2027 zu einer besseren Umsetzung der langfristigen Vision für die ländlichen Gebiete der EU (Abstimmung)

Europäischer Gerichtshof

Termine EuGH/EuG 18.11.-29.11.2024:

- 19.11.2024 Urteile des Gerichtshofs (Große Kammer) in den Rechtssachen C-808/21 Kommission / Tschechische Republik und C-814/21 Kommission / Polen – Politische Rechte von Unionsbürgern
- 19.11.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Plenum) in der Rechtssache C-769/22 Kommission / Ungarn (Werte der Union) – Zugang zu Inhalten betreffend die Abweichung von der Identität, die dem Geschlecht bei der Geburt entspricht, Geschlechtsumwandlung und Homosexualität (HUN)
- 19.11.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in den verbundenen Rechtssachen T-1032/23 und T-94/24 Airbnb / EUIPO – Airtasker (AIRBNB) – Markenstreit um AIRBNB
- 21.11.2024 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-251/23 und C-308/23 Mercedes-Benz Group (Haftung der Hersteller von Fahrzeugen) – Abschaltvorrichtung in Dieselfahrzeugen (DEU)
- 21.11.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-579/22 Client Earth / Kommission – Taxonomie – Verwendung forstwirtschaftlicher Biomasse sowie Herstellung organischer Grundchemikalien und von Basiskunststoffen

- 26.11.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtsmittelsache C-97/23 P WhatsApp Irland / Europäischer Datenschutzausschuss – Datenverarbeitung durch WhatsApp
- 27.11.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-618/23 SALUS – EU-Bio-Logo für Arzneitees? (DEU)
- 27.11.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-807/23 Jones Day – Voraussetzung der Inlandsausbildung für Eintragung in die Liste der österreichischen Rechtsanwaltsanwärter (AUT)
- 27.11.2024 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-526/19 RENV Nord Stream 2 / Parlament und Rat – Erstreckung bestimmter Vorschriften des Erdgasbinnenmarkts auf Gasfernleitungen aus Drittländern
- 27.11.2024 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-561/21 HSBC Holdings u. a. / Kommission – Euro-Zinsderivatekartell
- 28.11.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-583/22 Fédération environnement durable u. a. / Kommission – Taxonomie – Stromerzeugung durch Windkraft

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 29.11.2024.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RENEW
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	LINKE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
Patrioten für Europa	PfE
Europa der souveränen Nationen	ESN
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	

Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA